



AKTUELL AUS DEM DRB-BUNDESVERBAND

Ausgabe 08/2010

13.07.2010

Inhalt dieser Ausgabe:

- I. **Schöffen müssen deutsche Sprache ausreichend beherrschen / Divergenzvorlage**
- II. **Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“**
- III. **Justizministerkonferenz vom 23./24. Juni 2010**
- IV. **Gemeinsames Sommerfest des Deutschen Richterbundes und Deutschen Notarvereins**
- V. **DRB-Abendgespräch zur Sicherungsverwahrung**
- VI. **Bundeskabinett beschließt Änderungen des Umwandlungsrechts**
- VII. **Freie Plätze für Tagungen der Deutschen Richterakademie**

I. Schöffen müssen deutsche Sprache ausreichend beherrschen / Divergenzvorlage

Der Bundesrat hat den Gesetzesbeschluss des Bundestages (BT-Drs. [17/2350](#), BT-PIPr [17/51](#), S. 5317D ff.) zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes gebilligt (BR-Drs. [398/10\(B\)](#)). Inhaltlich regelt das Gesetz zwei unterschiedliche Teilbereiche. Erstens dürfen künftig nur noch solche Personen das Schöffenamt ausüben, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen und daher der Hauptverhandlung folgen können. In seiner Stellungnahme Nr. [14/10](#) hat der [Deutsche Richterbund](#) diese Gleichstellung zwischen Schöffen und Berufsrichtern bereits begrüßt (vgl. AKTUELL [06/10](#)). Der zweite Gegenstand, der erst im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens eingebracht worden ist, betrifft die Aufnahme der sog. Divergenzvorlage im Bereich des Maßregelvollstreckungsrechts. Damit soll in Fällen der Sicherungsverwahrung und der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus eine einheitliche Rechtsprechung gewährleistet werden (vgl. dazu die Stellungnahme Nr. [21/10](#) des Deutschen Richterbundes – AKTUELL [06/10](#)).

II. Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme

Am 07. Juli 2010 hat die [Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit](#) der [Europäischen Kommission](#) das Grünbuch „[Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme](#)“ vorgestellt. Unter Verweis auf die

demografische Alterung der europäischen Bevölkerung schlägt die Kommission unter anderem vor, „mehr Menschen dazu zu bringen, mehr und länger zu arbeiten [...]“. Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hätten die Auswirkungen der demografischen Alterung noch verstärkt.

III. Justizministerkonferenz vom 23./24. Juni 2010

Vom 23. bis 24. Juni 2010 fand in Hamburg [die Frühjahrskonferenz der Justizministerkonferenz](#) statt. Beschluss fasste die Konferenz unter anderem zur Sicherungsverwahrung, zur Einführung von Rechtsbehelfsbelehrungen im zivilgerichtlichen Verfahren, zur Datenerhebung im öffentlichen Raum durch Google Street View und zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter Unternehmen. Alle Beschlüsse der Frühjahrskonferenz der Justizministerkonferenz können Sie [hier](#) abrufen. Zum Fahrverbot als Hauptstrafe oder zum § 522 Absatz 2 ZPO erfolgte beispielsweise keine Beschlussfassung.

IV. Gemeinsames Sommerfest des Deutschen Richterbundes und Deutschen Notarvereins

Der [Deutsche Richterbund](#) und der [Deutsche Notarverein](#) haben – kurz vor der parlamentarischen Sommerpause am 30. Juni 2010 – zum gemeinsamen Sommerfest eingeladen. Vertreter der Exekutive aus Bund und Ländern, Parlamentarier sowie Repräsentanten der verschiedenen Organe der Rechtspflege kamen im Haus des Deutschen Richterbundes zusammen. Offiziell eröffnet wurde das Sommerfest durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes Lothar Jünemann und den Präsidenten des Deutschen Notarvereins Dr. Oliver Vossius.

V. DRB-Abendgespräch zur Sicherungsverwahrung

Acht Tage nach dem Sommerfest fand am 08. Juli 2010 das zweite DRB-Abendgespräch im Haus des Deutschen Richterbundes statt. Die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion [Andrea Voßhoff](#), MdB, stellte die Position der Union im Bereich Sicherungsverwahrung vor einem ausgewählten Publikum vor. In der anschließenden Fragerunde diskutierten Vertreter von Bundes- wie Landesministerien sowie aus Anwaltschaft, Wissenschaft und Justiz die künftige Ausrichtung der Sicherungsverwahrung. Im Anschluss an die Veranstaltung lud der Deutsche Richterbund die Gäste zu einem kleinen Imbiss ein.

VI. Bundeskabinett beschließt Änderungen des Umwandlungsrechts

Am 07. Juli 2010 hat das Bundeskabinett Änderungen des Umwandlungsrechts beschlossen. Das Änderungsgesetz dient in erster Linie der Umsetzung der Richtlinie [2009/109/EG](#), das am 22. Oktober 2009 in Kraft getreten ist. In seiner Stellungnahme Nr. [20/10](#) hat der Deutsche Richterbund die Bestrebungen, Konzernverschmelzungen und -

spaltungen straffer und kosteneffizienter auszugestalten, befürwortet, aber auch seine Zurückhaltung hinsichtlich der generellen Herabsenkung des für den Squeeze-Out maßgeblichen Schwellenwertes zum Ausdruck gebracht.

VII. Freie Plätze für Tagungen der Deutschen Richterakademie

Für die Tagung der [Deutschen Richterakademie](#) „Gewalt in der Familie – familien- und strafrechtliche Aspekte, Stalking und Kindesmissbrauch“ vom 15. bis 21. August 2010 in Trier gibt es noch freie Plätze. Das Programm der Veranstaltung kann [hier](#) abgerufen werden.

Impressum:

Deutscher Richterbund

Kronenstraße 73/74

10117 Berlin

Tel. 0 30-20 61 25-0

Fax 0 30-20 61 25-25

info@drb.de

www.drb.de

Redaktion und Bearbeitung:

Philipp Iza Schilling

Elisabeth Sift

Der Newsletter ist im Internet unter www.drb.de abrufbar.

© Deutscher Richterbund